

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 18.11.2014
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Paul Lensing Borken

Mitglieder:

Arno Berning	Raesfeld	
Stefan Hegering	Bocholt	ab 18:15 Uhr (TOP 5) Vertretung für Herrn Wendler
Richard Henrichs	Stadtlohn	Vertretung für Herrn Eisele
Volker Jürgen Himmel	Gronau	
Markus Jasper	Heek	
Wolfgang Klein	Ahaus	Vertretung für Herrn Horst
Ludger Konrad	Stadtlohn	
Manfred Kuiper	Heek	Vertretung für Herrn Schulenkorf
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Dr. Heinrich Render	Ahaus	
Theo Sanders	Bocholt	
Ralph Thiemann	Bocholt	
Marco van den Berg	Bocholt	
Johann Vering	Heiden	
Gerd Welper	Vreden	
Carsten Wendler	Velen	bis 18:15 Uhr (TOP 4)
Tobias Zobel	Reken	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Hermann Paßlick	
Walter Alfert	bis TOP 2
Peter Sonntag	
Ludger Stienen	
Karl-Peter Theis	
Dr. Gerd Eckstein	bis TOP 5
Otger Osterholt	bis TOP 5
Michael Weitzell	bis TOP 3
Sofia Arnold	
Olaf Sobek	

Gäste:

Katharina Höing	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken (WFG)
Dr. Heiner Kleinschneider	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken (WFG)

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Lensing eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Da die sachkundigen Bürger Herr Gerd Welper und Herr Thomas Schlütter (anwesend als Zuschauer) in der laufenden Legislaturperiode noch nicht zur rechtmäßigen und gewissenhaften Ausübung ihres Amtes verpflichtet wurden, erheben sich die Anwesenden und die vom Vorsitzenden Lensing vorgelesene Verpflichtungsformel wird von den Herren Welper und Schlütter nachgesprochen:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. (So wahr mir Gott helfe.)“

Anschließend verpflichtet Vorsitzender Lensing die beiden Sachkundigen per Handschlag.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Breitband im Kreis Borken - Status Quo, Chancen und Herausforderungen
Vorlage: 0356/2014**

Frau Katharina Höing von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation, deren Folien als Anlage zur Niederschrift beigelegt sind, den derzeitigen Sachstand bei der Breitbandversorgung im Kreisgebiet Borken.

Auf Nachfrage der Ausschuss-Mitglieder Berning und Thiemann, die die schlechte Breitbandversorgung in Isselburg und Raesfeld beklagen bestätigt Herr Dr. Kleinschneider, dass der größte Anbieter, die Deutsche Glasfaser, mit der Anbindung einiger Ortsteile nicht so schnell nachkomme.

Herr Konrad würde begrüßen, in regelmäßigen Abständen von der WFG den Sachstand der Breitbandversorgung im Ausschuss erklärt zu bekommen. Dies aufgreifend regt Vorsitzender Lensing an, dass die Verwaltung zu gegebener Zeit mit der WFG Kontakt aufnehme und diese im Ausschuss vortrage.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Punkt 2: INTERREG V A - Projekt UNLOCK
Vorlage: 0357/2014

Herr Dr. Eckstein erläutert kurz die Sitzungsvorlage und betont, dass der Kreis Borken als Außengrenze Westfalens sehr von dem Projekt UNLOCK profitiere. Da keine weiteren Fragen der Ausschussmitglieder bestehen, lässt Vorsitzender Lensing über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag befürwortet die Durchführung des INTERREG V A-Projektes „UNLOCK“ und stellt als regionalen Eigenanteil des Kreises Borken für das Haushaltsjahr 2015 12.250 € sowie für die Folgejahre 2016-18 jeweils 21.000 € zur Verfügung. Eine entsprechende Finanzierungszusage gegenüber der EUREGIO kann abgegeben werden.

Punkt 3: Radschnellweg Regio.Velo.01 - Aktueller Sachstand
Vorlage: 0331/2014

Herr Weitzell berichtet, der Förderbescheid für die vertiefende Machbarkeitsstudie liege zwar wegen der Haushaltssperre des Landes NRW noch nicht vor, dieser solle aber lt. Rücksprache mit der Bezirksregierung Münster voraussichtlich noch in 2014 erteilt werden. Die Beauftragung der vertiefenden Studie solle nach Erteilung des Förderbescheides umgehend erfolgen. Landesverkehrsminister Groschek habe im September 2014 die Absicht bekräftigt, Radschnellwege in der laufenden Legislaturperiode in die Baulast des Landes zu übernehmen und mögliche Ausführungsplanungen mit einem Satz von 80% zu fördern. Der Kreis Borken habe in Abstimmung mit der Bezirksregierung Münster vorsorglich für etwaige Ausführungsplanungen, deren konkrete Mindestinhalte noch von Landesseiten zu definieren seien, eine Förderung im Rahmen des Nahmobilitätsprogramms 2015 beantragt.

Herr Himmel weist darauf hin, dass die Baulastträgerschaft und die Förderung der vertiefenden Machbarkeitsstudie unbedingt geklärt werden müssten.

Herr Welper erklärt, das Land NRW unterstütze das Vorhaben und er gehe davon aus, dass die offenen Fragen geklärt würden.

Der Sachstand zum Radschnellweg Regio.Velo.01 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4: 2. Controllingbericht zum 30.09.2014
Vorlage: 0339/2014

Auf die Frage von Herrn van den Berg zu den Gründen der gestiegenen Zulassungsgebühren antwortet Herr Stienen, die Verbesserung ergebe sich aufgrund vermehrter Zulassungsvorgänge und liege nicht an der seit 2013 möglichen Umkennzeichnung der Kfz-Kennzeichen von BOR auf BOH und AH.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen nimmt die Ergebnisse des 2. Controllingberichtes zum 30.09.2014 für die Budgets 07 – Verkehr, 09 – Geoinformation und Liegenschaftskataster, 12 – Straßen, Gebäude und Grünflächen sowie für das Produkt 11.03.04 – Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Kreisentwicklung, EU-Angelegenheiten und Statistik zur Kenntnis.

**Punkt 5: Fahrverbot und Entzug der Fahrerlaubnis
- Bericht der Verwaltung**

Herr Stienen führt ins Thema ein und stellt Herrn Osterholt als Abteilungsleiter der Führerscheinstelle vor. Für ihn sei wichtig, dass bereits bei einem Entzug der Fahrerlaubnis das Angebot für eine Beratung durch die Führerscheinstelle bestehe.

Herr Osterholt berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation (**s. Anlage 2 der Niederschrift**) über die Hintergründe, die zu einem Fahrverbot oder Entzug der Fahrerlaubnis führen können. Im weiteren Verlauf stellt er die statistischen Zahlen für den Kreis Borken vor und erläutert die Voraussetzungen für den Antrag auf Neuerteilung der Fahrerlaubnis.

Auf die Frage von Herrn Berning zu der Rechtsbehelfsmöglichkeit gegen die Anordnung einer Medizinisch-Psychologischen Untersuchung (MPU) antwortet Herr Osterholt, da es sich bei der MPU nur um eine aufklärende Maßnahme handle, könne dagegen selbst kein Rechtsbehelf eingelegt werden. Die Klagemöglichkeit bestehe nur gegen den Entzug der Fahrerlaubnis oder die Versagung einer beantragten Neuerteilung.

Die Herren Klein und Zobel bitten um Vergleichszahlen anderer Kreise. Herr Osterholt erläutert, eine landesweite Statistik gebe es nicht. Es bestehe aber die Möglichkeit, die Zahlen bei vergleichbaren Kreisen abzufragen.

Hinweis:

Die Nachbarkreise haben die statistischen Zahlen für eine Veröffentlichung nicht zur Verfügung gestellt.

Auf die Frage von Herrn Klein zum Alter der Verkehrsteilnehmer unter Drogeneinfluss teilt Herr Osterholt mit, von dem Entzug der Fahrerlaubnis aufgrund von Drogenkonsum seien überwiegend jüngere Bürgerinnen und Bürger betroffen.

Herr Welper möchte wissen, wie vielen Radfahrern bereits der Führerschein wegen einer Trunkenheitsfahrt mit dem Fahrrad entzogen worden sei. Herr Osterholt stellt fest, dass dieser Anteil sehr gering sei.

Herr Stienen führt aus, die Polizei sei in Bezug auf die Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr unter Drogeneinfluss viel sensibler und kompetenter geworden als früher.

**Punkt 6: Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die vom Kreis Borken als Genehmigungsbehörde zugelassenen Taxen - Taxentarif für den Kreis Borken.
Vorlage: 0343/2014**

Herr Stienen berichtet, der Verband des privaten gewerblichen Straßenpersonenverkehrs NW e. V. mit Sitz in Dortmund (VSPV) habe einen Antrag auf Erhöhung des Taxentarifes gestellt. Der Antrag werde mit der Einführung eines Mindestlohnes von 8,50 € brutto je Stunde zum 01.01.2015 begründet. Die Erhöhung sei vom Verband schlüssig dargelegt worden. Mit den Münsterlandkreisen Coesfeld, Steinfurt und Warendorf sei die jetzige deutliche Erhöhung sorgfältig abgestimmt worden. Das Ziel eines gleichen Tarifes in den Münsterlandkreisen werde erreicht. Diese Erhöhung liege im Rahmen der vom Rat der Stadt Münster bereits beschlossenen Erhöhung von 18 % und der Empfehlung in einem Taxigutachten eines Kreises in NRW mit einer vorgeschlagenen Erhöhung von 19 %.

Frau Lindenhahn und die Herren Jasper, Lensing, Himmel und Klein sprechen sich für die Erhöhung des Taxentarifes aus. Diese sei nach der Einführung des Mindestlohnes conse-

quent. Herr Himmel sieht ein Problem in der Überprüfung, ob der Mindestlohn auch eingehalten werde.

Hinweis:

Für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten eines Arbeitgebers nach § 5 Satz 1 Nummer 1 bis 3 und § 8 AEntG sind die Behörden der Zollverwaltung zuständig.

Die Herren Henrichs und Welper sprechen sich für eine moderatere Erhöhung von 9 bis 10 % aus, da viele Bürgerinnen und Bürger aufgrund des eingeschränkten ÖPNV-Angebotes auf dem Land auf die Nutzung eines Taxis angewiesen seien. Einzelne Taxibetriebe würden bereits den Mindestlohn zahlen und seien auf die jetzige deutliche Erhöhung nicht angewiesen.

Herr van den Berg gibt zu bedenken, kleinere Betriebe würden die jetzige Erhöhung benötigen, um ihr Unternehmen wirtschaftlich führen zu können.

Herr Dr. Paßlick weist darauf hin, die weiteren Kostenentwicklungen bei den anderen Kostenarten seien ebenfalls untersucht worden. Eine Steigerung sei aber wegen der momentan fallenden Kosten für Kraftstoff nicht zu verzeichnen. Die jetzige Erhöhung erfolge nur aufgrund der Einführung des Mindestlohnes zum 01.01.2015.

Beschluss:

14 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Die Rechtsverordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die vom Kreis Borken als Genehmigungsbehörde zugelassenen Taxen wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs beschlossen (**Anlage**).

Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Sonntag kündigt die **Verkehrszählung an den Kreisstraßen im Jahr 2015** an. Alle fünf Jahre erfolge an ausgesuchten Stellen im Kreisgebiet eine Zählung der Verkehrsbelastung, deren Daten eine wichtige Grundlage für die Planung des Straßenbaues und der Straßenunterhaltung darstellten. In der Vergangenheit habe es Zuschüsse vom Land Nordrhein-Westfalen für die Verkehrszählung gegeben, die in 2015 voraussichtlich nicht mehr gezahlt würden. Die Kosten für die Zählung von rund 40.000 € könnten durch Einsparungen an anderer Stelle im Straßenunterhaltungsbudget jedoch aufgefangen werden.

Eine weitere Ankündigung von Herrn Sonntag betrifft die **Dienstfahrzeugflotte** im Kreishaus Borken. Neben eigenen gekauften Dienstwagen werde jährlich ein Teil der Flotte als Leasing ausgeschrieben. Derzeit nutze die Verwaltung Fahrzeuge der Marke Citroen, Modell C3. Nach Ablauf des Leasing-Vertrages ab Januar 2015 würden diese Fahrzeuge gegen die Marke Audi, Modell A3 ausgetauscht. Er wolle vorsorglich darauf hinweisen, so Herr Sonntag, dass diese im Verkauf durchaus höherpreisigen Modelle von Audi bei der öffentlichen produktneutralen Ausschreibung als Leasingfahrzeuge günstiger gewesen seien als die übrigen Angebote.

Herr Dr. Paßlick teilt mit, für 2015 sei die **Überarbeitung des 2. Nahverkehrsplanes** auf der Basis einer Bürgerbefragung geplant. Das Verfahren werde derzeit abgestimmt.

Punkt 8: Anfragen

Frau Lindenhahn bittet, die Verwaltung möge den Ausschussmitgliedern eine Darstellung des Teilbudgets des ZVM Bus für 2015 mit den Kostenentwicklungen in den letzten Jahren zur Verfügung stellen. Diese Unterlagen benötige sie für die anstehende Haushaltsberatung in der Verbandsversammlung des ZVM.

Herr Dr. Paßlick sagt zu, die entsprechenden Unterlagen dem Protokoll beizufügen (**s. Anlage 3 der Niederschrift**).

Ende des öffentlichen Teils

Vorsitzender Lensing schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.

gez.

Paul Lensing
Vorsitzender

gez.

Sofia Arnold Olaf Sobek
Schriftführung